

Corona-Politik: Millionen Existenzen on der Pleitewelle bedroht!

Barbara Kolm von der FPÖ kritisiert die Corona-Politik und deren ruinöse wirtschaftliche Folgen für Unternehmen und Existenzen.



Österreich - Die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie sind weiterhin spürbar und unaufgearbeitet. Dies betont die FPÖ-Wirtschaftssprecherin Barbara Kolm in einer aktuellen Stellungnahme. Kolm kritisiert scharf die wirtschaftliche Politik der Regierung während der Pandemie, die ihrer Meinung nach zu massiven Existenzbedrohungen geführt hat. Laut ihrer Aussage sind tausende Betriebe bankrottgegangen und viele Menschen wurden arbeitslos. Die Corona-Politik, so Kolm, habe die ökonomische Substanz Österreichs angegriffen.

Die Politik der Lockdowns führte nicht nur zu zerstörten Lieferketten, sondern auch zu stark verzerrten Marktpreisen. Dies hat letztlich auch zur Inflation beigetragen, die die

Wirtschaft zusätzlich belastet hat. „Es geht hier nicht nur um Zahlen, sondern um Existenzen und Menschen, die ihre Betriebe aufgegeben haben“, so Kolm weiter. Besonders hart getroffen haben es Selbständige und Kleinunternehmer, vor allem in den Bereichen Handwerk, Gastgewerbe und Tourismus.

Kritik an staatlichen Maßnahmen

Barbara Kolm äußert auch Kritik an den staatlichen Hilfsmaßnahmen, die ihrer Meinung nach nicht ausreichten. Viele Unternehmer hätten keine Sicherheiten erhalten, obwohl sie Anträge auf Unterstützung gestellt haben. Während in bestimmten Branchen wie dem produzierenden Gewerbe die Insolvenzen moderat zurückgingen, ist die Situation in den Dienstleistungssektoren alarmierend. Branchen wie die Luftfahrt und das Gastgewerbe erlitten extreme Umsatzeinbußen. Dies spiegelt sich auch in den Zahlen wider, die zeigen, dass der Umsatz der deutschen Unternehmen im Schnitt weniger stark zurückging als während der Finanzkrise 2009.

Um die Auswirkungen der Pandemie abzufedern, wurden in Deutschland staatliche Hilfsmaßnahmen zur Stabilisierung der Finanzierungssituation der Unternehmen eingeführt. Durch die vorübergehende Aussetzung der Insolvenzantragspflicht konnten Unternehmen, die in Schieflage geraten waren, ohne Antrag bleiben. Dennoch bleibt der Einfluss dieser Maßnahmen fraglich, vor allem hinsichtlich der nachhaltig gesunden Entwicklung der Wirtschaft.

Rückblick auf Insolvenzen

Obwohl die Zahl der Unternehmensinsolvenzen im Jahr 2020 trotz der Corona-Pandemie und strikter Eindämmungsmaßnahmen zurückgegangen ist, bleibt die Gefahr, dass viele Insolvenzen nur unterdrückt wurden. Im Jahr 2020 wurden 15.800 Insolvenzverfahren registriert, was einen Rückgang von fast 16 Prozent verglichen mit dem Vorjahr darstellt. Es bestehen signifikante Unterschiede in den

betroffenen Branchen, wobei einige Dienstleistungsbereiche einen Rückgang der Insolvenzverfahren verzeichnen konnten.

Die düstere ökonomische Lage wird zudem durch eine inflationäre Entwicklung verstärkt, die durch die Corona-Politik und den Ukraine-Krieg befeuert wurde. Preise für Erdgas und Mineralölprodukte sind gestiegen, Lieferketten unterbrochen, was die Inflationsrate weiter beeinflusst hat. Die Antworten der Regierungen auf diese Krisen könnten noch weitreichende Konsequenzen für die wirtschaftliche Erholung haben.

Kolm fordert daher eine vollständige Aufklärung und politische Aufarbeitung der als fehlgeleitet angesehenen Maßnahmen. Denn trotz mancher positiver Entwicklungen, die durch staatliche Hilfen erreicht wurden, bleibt die wirtschaftliche Situation in vielen Bereichen angespannt und stellt eine große Herausforderung für die Zukunft dar.

Details	
Vorfall	Insolvenz
Ursache	Corona-Politik
Ort	Österreich
Quellen	• www.ots.at • www.bundesbank.de • www.destatis.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at